



Ausgabe Nr. 02/1990 Leipzig, 19. Januar 2.95.20459

Auf 800 000 Mark einfach verzichten?

UZ-Interview mit Prof. Dr. sc. Fritz Tröger, Prorektor für Bildung

UZ: Kürzlich gab es ein Gespräch zwischen dem 1. Prorektor, Ihnen sowie Vertretern des Studentenrates und der FDJ-Kreisleitung. Was wurde verhandelt?

Prof. Tröger: Es muß nochmals klipp und klar gesagt werden - der Rektor (und mit ihm die gesamte staatliche Leitung der KMU) bekennt sich eindeutig zu einem Studentenrat. Wir brauchen dringend einen legitimen studentischen Ansprech- und Verhandlungspartner...

Verwendung entscheidet der Rektor, nachdem er sich mit den Studentenvertretern abgestimmt hat.

Es macht sich eine Budgetkommission erforderlich, die über die zentrale und dezentrale (in den Sektionen also) Verwendung berät. Für die rein finanztechnische Abwicklung würde der 1. Prorektor dem Studentenrat eine hauptamtliche Stelle zur Verfügung stellen.

UZ: Nach seinem Selbstverständnis will der Studentenrat nicht als politische Organisation, sondern als eine soziale Interessenvertretung wirken. Was wird eigentlich aus solchen Formen wie Studententage im Mai, Interlager, Studentensommer und aus der Verbindung zu Jugendtourist? Das ist doch für Studenten mittlerweile so gut wie unverzichtbar.

Prof. Tröger: Das sehe ich genauso. Und all das erfordert einen enormen Aufwand an inhaltlicher und organisatorischer Arbeit. Soll dies unverzichtbar bleiben, muß sich ein durch die Urabstimmung legitimer Studentenrat selbst sehr hart in die Pflicht nehmen.

UZ: Diese Pflichten aber sind neu und bislang völlig ungewohnt. Die FDJ verfügte hier über einen nicht gerade geringen Apparat. Ist diese Arbeit so einfach neben dem Studium machbar?

Prof. Tröger: Einfach ganz gewiß nicht, eher ist das Gegenteil anzunehmen. Daher sind wir auch bereit, bei den am stärksten exponierten Studentenvertretern einer Studienzweitzugang auf der Basis individueller Studienpläne zuzustimmen.

UZ: Das erwähnte Gespräch mit den Studentenvertretern kann keine Einigung herbeiführen. Wie geht es weiter?

Prof. Tröger: Ich will optimistisch sein! Zunächst geht es ganz einfach um eine möglichst vollzählige Teilnahme an der Urabstimmung. Wenn das Endergebnis vorliegt, sprechen wir uns wieder und sehen sicher auch weiter.

Mein Angebot an den Studentenrat: Regelmäßige Konsultationen mit mir und - wenn notwendig - auch mit dem Direktor für Studienangelegenheiten, um alle anstehenden Probleme schnell und sicher in unserem gemeinsamen Interesse in den Griff zu bekommen.



Eine Chance für StuRa

Meinungen zur Urabstimmung über KMU-Studentenrat

Anja Schulz, Sektion TAS, 1. Studienjahr. Ich wähle Dienstag. Bloß ob das mit der TAS klappt? Bei uns an der Sektion sind ja hauptsächlich Lehrestudenten - die sind so träge und desinteressiert. Z. B.: Die 1. Abstimmung für die Sektionssprecher. Von 900 Leuten waren nur 150 da. Ja, 150. Die Masse macht sich überhaupt keinen Kopf. Ich werde mit „Ja“ wählen. Der StuRa ist irrendwo meine Interessenvertretung, erstmal pro forma, ich bin nicht in der FDJ. Ich meine, der StuRa kann die Organisation sein, an die ich mich wenden würde.

Frank Jueckel, Sektion Philosophie, 1. Studienjahr. Schon gewählt. Mit „Ja“.

André Scharkowski, Sektion Physik, Forschungsstudent, 2. Studienjahr. Wahrscheinlich wähle ich nicht. Die Studentenbelange interessieren mich nicht mehr so wahnsinnig. Seit einem halben Jahr bin ich nicht mehr Student. Sprich: Ich hab' was anderes zu tun.

Marion Graeber, Sektion TAS, 2. Studienjahr. Ich hoffe, daß durch ein „demokratisches Studium“ ein Rechtsruck unter den Studenten möglichst verhindert wird.

Thomas Fugmann, Sektion Geschichte, 3. Studienjahr. Wähle erst nächste Woche - eine arbeitsfähige Interessenvertretung muß da sein, die jeder Student ansprechen kann.

Rainer Koloczek, Sektion Wirtschaftswissenschaften, 5. Studienjahr. Ich werde wählen geben. Vorher erst mal erkundigen, wo die Wahl ist. Wenn ich hingeh, setze ich voraus, daß mir eine Liste offeriert wird. Ich weiß die konkreten Kandidaten noch nicht. Bevor sich hier alles zersplittert - ich bin voll für den StuRa und würde mich freuen, wenn alles klappt.

Jörg Telemann, Sektion Journalismik, 4. Studienjahr. Nein, ich wähle nicht, weil es mich wirklich nicht mehr interessiert, bin ja nicht mehr lange Student.

Lesen Sie dazu bitte auch „Ohne Filter“!



Auf Aktivtagungen Gewerkschafter als Delegierte gewählt

(UZ-Korr.) Auf Gewerkschaftsaktivtagungen wählten am 10. 1. bzw. 13. 1. 90 die Vertreter des Bereiches Medizin bzw. Hochschulbereiches die Delegierten der KMU für die Zentrale Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft (am 27. 1.) sowie für den außerordentlichen FDGB-Kongreß (31. 1./1. 2.).

Folgende 20 Kolleginnen und Kollegen vertreten unsere Universität auf der Zentralen Delegiertenkonferenz:

Joachim Backsmann, BGL Medizin; Wolfram Beger, ZLO Medizin; Michael Beyer, Theologie; Wolfgang Birkholz, Sektion Informatik; Eberhard Clemens, Verwaltungsdirektorat; Fjodor Fink, Politikwiss./Soziologie; Heidemarie Göpel, Frauenklinik; Karl-Heinz Haubold, Mathematik; Lothar Haustein, Hautklinik; Roberto Kott, Verwaltungsdirektorat; Kristina Kramer, Klinik I. Anästhesie; Konrad Kraber, Physik; Werner Malwald, Wirtschaftswissenschaften; Ellen Manick, Path. Physiol.; Volker Queck, BV Gewerkschaft Wissenschaft; Karl-Heinz Röhr, Journalismik; Bernd Tröger, Gesellschaftstheorie; Helge Voigt, Kl. f. Innere Medizin; Rene Walsch, Tierprod./Veterinärmedizin; Siegfried Waurick, C.-Ludwig-Institut.

Teilnehmer am außerordentlichen FDGB-Kongreß sind:

Michael Beyer, Theologie; Heinz Frukowski, TAS; Wolfgang Kirmse, Peter Lässig (beide C.-Ludwig-Institut).

Bedauerlich, daß insgesamt nur drei Frauen (aus dem Hochschulbereich gar keine) gewählt wurden.

Nicht weniger bedauerlich, daß nicht alle BGO von ihrem Recht Gebrauch machten, Kandidaten für die Aktivtagungen des Hochschulbereiches zu nominieren. Nur 13 nutzten diese Möglichkeit.

Mit Reformen kontra Ballast in der Verwaltung

(UZ) Zu den ersten Maßnahmen mit der Demokratisierung der Universität und der Bestimmung ihrer Autonomie gehört eine Verwaltungsreform an der KMU, die nicht zuletzt das lang ersehnte Ziel verfolgt, Wissenschafter vom „bürokratischen Ballast“ zu befreien.

Über den Stand der Arbeit informiert auf der Kollegiumsbesitzung des Rektors am 12. 1. KMU-Verwaltungsdirektor, Dr. Volker Schenderlein. Ausgehend von den jeweiligen Arbeitsinhalten wurden seitens der Kommission neue Vorstellungen zur Verwaltungsorganisation - einschließlich der Neubestimmung von zentraler und dezentraler Leitung - unterbreitet.

Darüber hinaus werden gegenwärtig an repräsentativen Beispielen ausländischer Universitäten - u. a. auch der BRD - die international üblichen Verwaltungspraktiken mit all ihren Vor- und Nachteilen gründlich analysiert.

Darauf basierend geht es nunmehr um konkrete Aussagen zu Entscheidungsprozessen und zur Kompetenzverteilung. Das Ziel liegt in der Übernahme logischer, nicht subjektiv verbrämter, sondern wissenschaftlich fundierter Organisationsformen, wobei bislang bewährte Strukturen erhalten bleiben.

Das Kollegium des Rektors legte fest, daß im Februar durch den Senat und die Sektionsdirektoren eine Grundsatzentscheidung getroffen wird.

(UZ informiert über die weitere Realisierung der Verwaltungsreform.)

Gedanken zur Woche

Auch wenn manche jetzt vielleicht abwinken, ich meine, die Montagsdemos sollten weiter im Vordergrund des Nachdenkens von uns Leipziger und Uni-Angehörigen stehen. Ich kann mich meiner Sorgen und sogar Ängste über die Entwicklung in der und um die Demo nicht erwehren. Immer lauter werden die Rufe: „Deutschland einzig Vaterland“ und „Keine neuen Experimente mit uns“.

dein. Mit dem Ruf nach „Wiedervereinigung“ wird aber die DDR den Herrschenden der BRD als Geschenk angeboten.

Ich frage mich weiter: Wo bleiben die Vernünftigen, die einsehen, daß so eine Einheit ein selbstmörderisches Danesergeschenk wäre für unser Volk in DDR und BRD, für die Völker Europas und schlimmstenfalls für die ganze Welt? Wo bleiben die Demokraten, die verhindern wollen, daß unsere noch gar nicht endgültig erkämpfte Freiheit unter die Fuchtel der Bonner Regierung gerät? Wo bleibt ihr alle, für die die revolutionäre Erneuerung unserer Gesellschaft eine Chance ist für einen humanen, demokratischen Sozialismus in unserem Land?

Ich frage die „Vereiniger“: Wo sind eure Garantien, daß eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten tatsächlich die erträumten Vorteile bringt?

In meinen Augen wäre so eine Vereinigung unter gegenwärtigen und den Bedingungen in absehbarer Zukunft ein äußerst gefährliches Experiment, bei dem für uns bestenfalls eine Zweidrittelgesellschaft herauskäme. Außerdem verhalten sich die Befürworter der (kapitalistischen) Marktwirtschaft sehr geschäftsunfähig. Jeder Verkäufer sollte bestrebt sein, den Käufer das Angebot machen zu lassen, um einen guten Preis zu erhalten.

Wo bleiben die Einsichtigen, die bepreifen, daß Streiks die arg angeschlagene Volkswirtschaft endgültig zerrütten würden? Wenn auch die Sprecher des Neuen Forums einen kleinen Rückzieher gemacht haben, drohen sie weiter mit Streik, wenn ihre Forderungen nicht in Bausch und Bogen erfüllt werden. So etwas ist Erpressung.

Ich jedenfalls gehe weiter mit Kollegen und Studenten unserer Universität unter DDR-Fahne in die Demo - für unser Land!

KARL MELZER, Lehrbereich Ausländerstudium

(Un)Heimliche Wahlhilfe

Bundeskanzler Kohl unterstützt mit seiner ergebnisorientierten Deutschlandpolitik zu Unrecht die Modrow-Regierung und befördert dadurch den Wahlkampf für die SED-PDS. So empören sich in diesen Tagen westliche Medien und Politiker sowie Teile der DDR-Opposition. Zugabe: Der Fakt ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber trifft das auch den Kern? Welche Absichten stecken hinter solchen Äußerungen?

gen für wichtige Fragen verwickelt werden können. Ein Abwarten bedeutet Zeitverzögerung in einer Situation, wo jeder Tag zählt.

Ja, in den deutsch-deutschen Beziehungen hat sich zweifellos etwas bewegt. Neben anderer westlicher Politikerprominenz kamen und kommen auch BRD-Politiker sowie Kanzler Kohl in die DDR. Ohne Zweifel ein besonderer Bonus für die SED-PDS. Aber weiter. Im Ergebnis der Gespräche wurde Erstaunliches beschlossen, Abkommen unterzeichnet, gemeinsame Ausschüsse und Kommissionen gebildet sowie ein Devisenfonds und anderes geschaffen. Allerdings, die der Bevölkerung der DDR und BRD gleichermaßen zugutekommen. Und Zustimmung finden. Dennoch disqualifizieren die jüngsten Äußerungen aus Ost und West Modrows Politik zum billigen Bühnen um Wählerstimmen. Wie geht das zusammen? Im Klartext heißt das ja, wenn die DDR-Regierung verantwortungsbewußt handelt, führt sie einen „unfairen“ Wahlkampf. Anscheinend wünschen manche ihr wohl insgeheim nur Mißerfolge. Zumindest aber fordert man, mit allem wichtigen bis zum 6. Mai zu warten. Doch im Interesse aller Deutschen liegt das meiner Meinung nicht, wo doch jetzt schon schnelle Lösun-

Übrigens: War es nicht gerade die Opposition, die neben den Hunderttausenden auf den Demos immer wieder sofortige und entschiedenes Handeln lauterfordern? Warum jetzt dieser plötzliche Sinneswandel? Weil sie bislang nicht direkt an den erfolgreichen (!) Verhandlungen teilnehmen konnten. Diese Erklärung wäre zu simpel. Verträge sind nun einmal eine Sache von der Regierung, wie Modrow und Kohl erklärten. Das hat nichts mit einer Diskriminierung der Opposition zu tun. Mit deren Vertretern traf Kohl sogar schon mehrmals zu Gesprächen in Dresden und Bonn zusammen. Von Wahlpropaganda für die Opposition spricht da komischerweise niemand...

Kohl ein heimlicher Wahlpropagandist der SED-PDS? Die Ost-West-Politik ein Stimmenfänger? Nur politisch Blausüßige und Demagogen trüben Wassers können das so einseitig sehen. Solche Buhe-Rufe dienen doch vielmehr als versteckter Angriff auf die schon tot geglaubte SED-PDS und sollen den anderen politischen Kräften den Rücken stärken. Außerdem wird über den 6. Mai ein noch ganz anderer Termin geschickt vergessen. Nämlich der der Bundestagswahl 1990, bei der die Deutschlandpolitik keine unerhebliche Rolle spielen wird. Und wer will diese Wahl gewinnen? Die SED-PDS etwa?

ULRICH BRIESE, Sektion Journalistik



Heute: Seite 2: Was will die „Helsinki“-Gruppe? Seite 3 und 4: „Ohne Filter“: Studenten in der Krise - Agonie bis zum 6. Mai?/Bautzen-Report (Schluß) Seite 5: Gewerkschaft vor Untergang oder Neubeginn?